

Ein Vorschlag für einen kooperativen Diskurs

Prof. Dr. Ortwin Renn, Akademie für Technikfolgenabschätzung, Stuttgart

Ob es um eine Neuorientierung der Wirtschaft zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung, um eine Vermeidung von möglichen Klimaauswirkungen aufgrund des Ausstoßes von Kohlendioxid, um die Verminderung von Umweltbelastungen in Wasser, Boden und Luft oder um eine Umkehr zu einem auf »Sein« statt auf »Haben« beruhenden Lebensstil geht, immer spielt dabei die Frage der Energieversorgung und der Energiepolitik eine maßgebliche Rolle. Aber in der Energiepolitik bewegt sich wenig, da die Fronten verhärtet sind.

Die einen verkaufen die Kernenergie als die Lösung des Problems, die anderen erkennen gerade in ihr den Auslöser des Problems. Die einen setzen auf angebotsorientierte Strategien der Energievorsorge, die anderen auf nachfrageorientierte Strategien der Energieeinsparung. Dabei blockieren sich die Fraktionen gegenseitig: die angebotsorientierten Institutionen zeigen wenig Enthusiasmus, neue Wege bei der Energieeinsparung und beim Einsatz erneuerbarer Energieresourcen zu beschreiten, solange ihnen die Möglichkeit großtechnischer Lösungen politisch verwehrt bleibt. Die nachfrageorientierten Institutionen haben weder die Macht, noch die wirtschaftlichen Möglichkeiten, dezentrale Systeme und rationale Energieverwendung zu forcieren, setzen sich aber erfolgreich bei der Verhinderung großtechnischer Energieanlagen durch. In dieser Situation der praktischen Paralyse der Energiepolitik haben eine Reihe von Politikern eine neue Initiative ergriffen, um einen Energiedialog über alle Parteien der Bundesrepublik Deutschland hinweg zu initiieren und zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

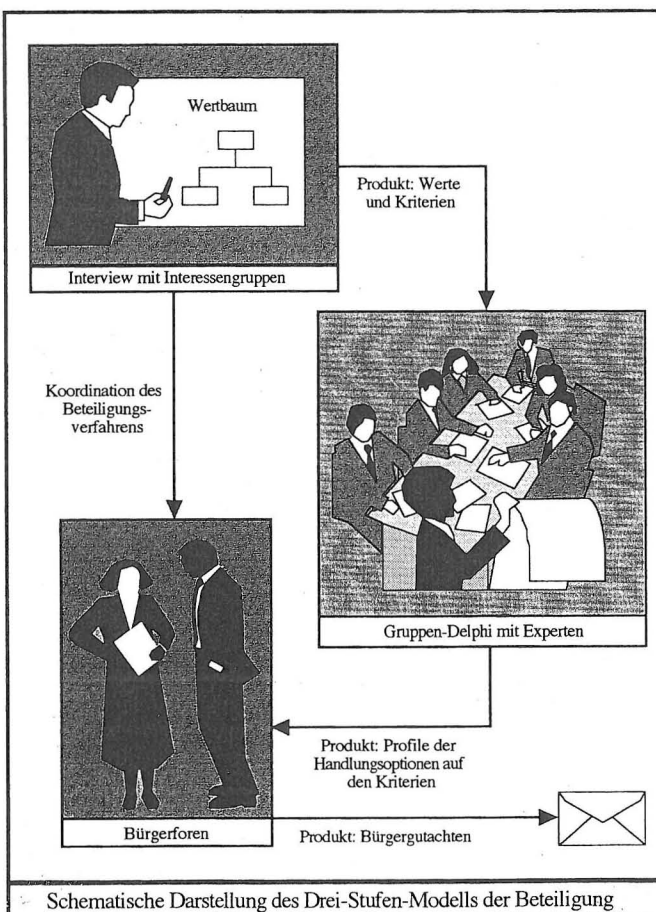
Doch die gut gemeinten Ansätze im Energiedialog sind bislang im Sande verlaufen. Weder in der Opposition, noch in der Regierungskoalition scheint es zur Zeit angebracht zu sein, über den eigenen Schatten zu springen und nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen, vor allem nicht im Superwahljahr 1994. Gleichzeitig wächst in der Öffentlichkeit die Skepsis darüber, ob ein Klub von ausgesuchten Parteifunktionären wirklich die Interessen der Bevölkerung vertreten kann. Spitzengespräche sind sicherlich sinnvoll und hilfreich, bei einem so hoch polarisierten Thema läßt sich aber ein Konsens ohne die maßgeblichen Gruppen und ohne Einbezug der Öffentlichkeit kaum erzielen. Was dem Energiedialog fehlt, ist eine klare Struktur mit Zielen, Regeln und Entscheidungsprozessen.

Energiedialog braucht eine klare Struktur

Wie läßt sich eine solche Struktur entwickeln? Welche Voraussetzungen und Bedingungen sind zu erfüllen, daß die Hoffnungen an das Experiment »Energiedialog« auch wirklich wahr werden? Das Dilemma im Bereich der Energiepolitik besteht darin, daß zur Bewertung von energiepolitischen Optionen und Maßnahmen Sachkenntnis über die zu erwartenden Folgen und Risiken verschiedener Lö-

sungsmöglichkeiten vorliegen muß, aber Sachkenntnis alleine nicht ausreicht, um eine demokratisch und ethisch legitimierbare Lösung zu finden. Die Entscheidung den Experten zu überlassen, verletzt die normative Grundlage demokratischer Ordnungen; die Entscheidung dem Markt der politischen Kräfte anheimzugeben, führt in der Regel zur Verknennung physikalisch, chemisch und biologisch gegebener Gesetzmäßigkeiten und verfahrenstechnischer Erfordernisse, letztlich damit zu hohen Folgekosten durch unhaltbare Entscheidungen beziehungsweise ineffiziente Lösungen. Gefragt

Das dreistufige Modell eines kooperativen Diskurses setzt eine Trennung in Kriterienentwicklung, Erarbeitung von Ausprägungsprofilen und Bewertung der Optionen voraus. Dazu können die am Diskurs beteiligten Gruppen in unterschiedlichem Grade beitragen. Die Interessengruppen sind vor allem bei der Sammlung von Kriterien und Indikatoren gefragt, die Experten bei der Abschätzung der Folgen unterschiedlicher Politikoptionen auf diese Kriterien und eine repräsentative Gruppe der allgemeinen Öffentlichkeit für die Abwägung der Argumente und die Gewichtung der Kriterien.



ist also eine Strategie, die kompetente Problemlösung und faire Beschlußfassung miteinander verbindet.

Drei Schritte zum »kooperativen Diskurs«

Für eine faire und kompetente Erstellung von Maßnahmen zur Umwelt- und Energiepolitik hat sich meines Erachtens ein Modell bewährt, das meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich in vielen umweltrelevanten Fragen angewandt haben. Es beruht theoretisch auf den Überlegungen von Jürgen Habermas zum rationalen Diskurs und praktisch auf dem Planungszellen-Konzept von Peter Dienel. Das von uns als »kooperativer Diskurs« bezeichnete Modell eines umweltpolitischen Dialogs beruht auf der Annahme, daß mit Hilfe von Kommunikation Kompromisse zwischen Interessengegensätzen und Wertkonflikten unterschiedlicher Parteien erzielt werden können, ohne daß eine Partei ausgeschlossen oder ihre Interessen oder Werte unberücksichtigt bleiben. Wichtig ist dabei eine Verknüpfung von Werten, Wissen und rationaler Abwägung. Die Verknüpfung dieser drei Ebenen geschieht in den folgenden drei Schritten (siehe auch das Schaubild):

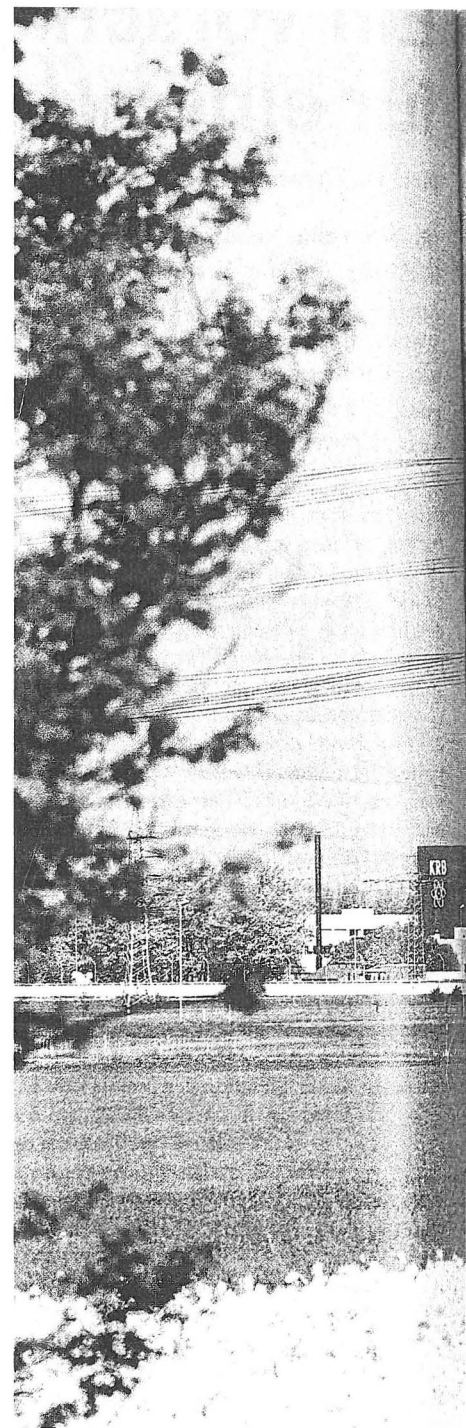
1 Im ersten Schritt werden alle in der Energiepolitik tätigen Parteien und Organisationen gebeten, ihre Werte und Kriterien für die Beurteilung unterschiedlicher Energieversorgungssysteme oder Energieszenarien offenzulegen. Dies geschieht in Interviews zwischen den Diskurs-Organisatoren und den Repräsentanten der jeweiligen Parteien. Dabei kommt es darauf an, nicht über Energietechniken zu diskutieren, sondern die Ziele und Kriterien zu erarbeiten, die an Energiesysteme angelegt werden sollen. Nur wenn es gelingt, allgemeinverbindliche Kriterien festzulegen, die für alle Energiesysteme gelten sollen, gleichgültig welchen Brennstoff sie gebrauchen, kann sich an der Energiefront etwas bewegen. Kriterien könnten nach heutigem Stand der Diskussion etwa die Begrenzung des maximalen Katastrophenpotentials, der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, distributive Gerechtigkeit, die Präferenz für lokale und regionale Lösungen sein. Diese Kriterien gelten dann als Maßstäbe, um die bestehenden und noch zu entwickelnden Energiesysteme zu beurteilen. Als methodisches Werkzeug dient dabei die Wertbaum-Analyse, ein in den USA entwickeltes interaktives Verfahren zur Bewußtmachung und Strukturierung von Werten und Attributen.

2 Die Wertdimensionen werden in einem zweiten Schritt durch ein Forschungsteam, das möglichst von allen Parteien als neutral angesehen wird, in Indikatoren umgewandelt. Indikatoren sind Meßanweisungen, um die möglichen Folgen einer jeden Handlungs-

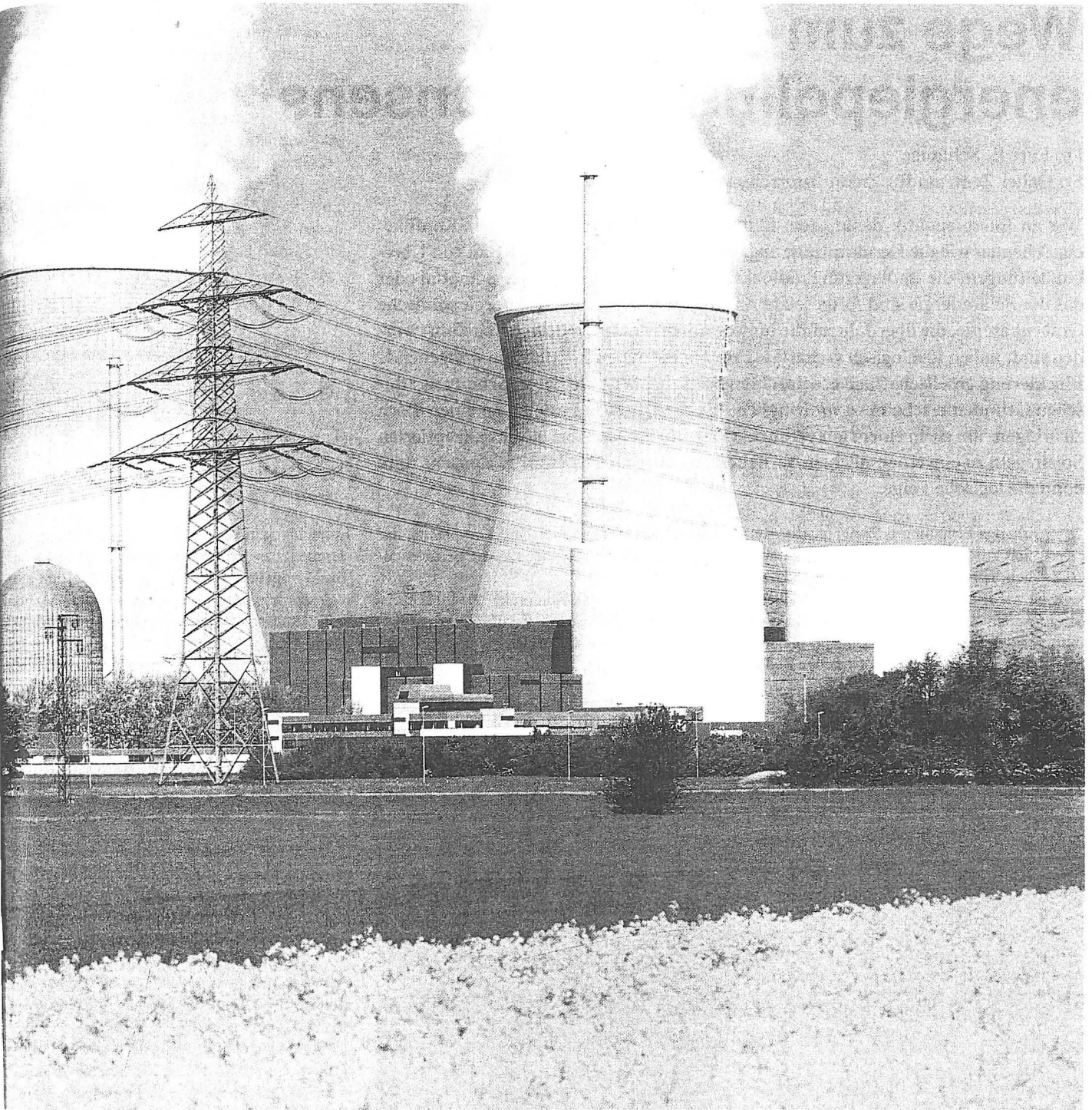
option zu bestimmen. Als Handlungsoptionen gelten die heute bestehenden Energiesysteme, aber auch die sich schon abzeichnenden technischen Neuentwicklungen. Daneben können natürlich auch energiepolitische Maßnahmen, wie Energiesteuern oder Abgaben in ihren Wirkungen abgeschätzt werden. Da viele der Folgen nicht physisch meßbar sind und manche auch wissenschaftlich umstritten sein mögen, ist es nicht möglich, einen einzigen Wert für jeden Indikator anzugeben. Für den Diskurs ist es entscheidend, die Spannweite wissenschaftlich legitimer Abschätzungen so genau wie möglich zu bestimmen. Dazu ist eine Modifikation des klassischen »Delphi-Verfahrens« sinnvoll, bei dem Gruppen von Experten gemeinsam Abschätzungen vornehmen und Diskrepanzen innerhalb der Gruppen in direkter Konfrontation ausdiskutieren.

3 Hat man die Wertdimensionen bestimmt und die Folgen der jeweiligen Handlungsoptionen abgeschätzt, folgt der schwierige Prozeß der Abwägung. Um eine möglichst faire und demokratische Form der Abwägung zu gewährleisten, hat Peter Dienel von der Universität Wuppertal vorgeschlagen, die Bevölkerung als »Schöffen« zu gewinnen und es — ähnlich wie bei einem amerikanischen Gerichtsverfahren — einigen, nach dem Zufallsverfahren ausgesuchten Bürgern zu überlassen, stellvertretend für alle diese Abwägung vorzunehmen. Dieses Verfahren setzt voraus, daß die am Konflikt beteiligten Parteien einer solchen Lösung zustimmen. Alle Parteien erhalten deshalb die Möglichkeit, in einem Koordinationsausschuß mitzuwirken und den Prozeß der Information und Diskussion der Bürgergruppen zu beaufsichtigen. Daneben sind sie eingeladen, als Zeugen vor den Bürgern auszusagen und ihre Empfehlungen vorzutragen. Die ausgesuchten Bürger haben mehrere Tage Zeit, die Profile der jeweiligen Handlungsoptionen zu studieren, Experten zu befragen, Zeugen anzuhören, Besichtigungen vorzunehmen und sich eingehend zu beraten. Am Ende stellen sie eine Handlungsempfehlung aus, die sie wie bei einem Gerichtsverfahren eingehend in einem Bürgergutachten begründen müssen. Diese Bürgergutachten werden den Konfliktparteien zur Stellungnahme vorgelegt. Aufgrund der Bürgergutachten und der Stellungnahmen kann dann am berühmten »runden« Tisch ein widerspruchsfreies und von einer breiten Mehrheit getragenes Paket von energiepolitischen Maßnahmen geschnürt werden.

Das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich in vielen umweltpolitischen Streitfragen in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz bewährt. Zur Zeit wird es zur Erstellung eines Abfallbewirtschaftungsplanes für die Region »Nordschwarzwald« angewandt. Zu Beginn der 80er Jahre wurde das Verfahren in einer etwas weniger ausgefeilten Variante bei der Frage nach den geeigne-



ten energiepolitischen Weichenstellungen in Deutschland eingesetzt. In einem vom deutschen Bundesforschungsministerium geförderten Projekt des Forschungszentrums in Jülich ging es um eine Bewertung der vier Energiepfade, die von der Enquête-Kommission »Zukünftige Energiepolitik« erstellt worden waren. Mehrere hundert Bürger kamen, organisiert in 24 Bürgerforen, vier Tage lang zusammen, um die Pfade kritisch zu diskutieren, eine Bewertung vorzunehmen und Empfehlungen an die Bundesregierung zu formulieren. Schon damals zeichnete sich die Empfehlung



ab, anstelle des weiteren Ausbaus der Kernenergie Energieeinsparungen und rationelle Energieanwendung zu fördern. Allerdings wurde auch der Kernenergie eine weitere Chance eingeräumt, sofern die Abfallproblematik zufriedenstellend gelöst und das Katastrophenpotential der Energieerzeugung durch Kernspaltung wesentlich vermindert werden könnte.

In allen westlich orientierten Demokratien sind inzwischen neue Formen des vermittelnden Konfliktmanagements entstanden. Die meisten Vorschläge zur Mediation krankten

aber an der mangelnden Repräsentativität der am runden Tisch versammelten Gruppenvertreter. Vor allem die betroffene Bevölkerung ist von diesen Verhandlungen ausgesperrt. Gleichzeitig sind die bislang durchgeführten Beteiligungsmaßnahmen unbefriedigend, weil sie eher zur Polarisierung als zur Konsensfindung beitragen. Der hier vorgestellte kooperative Diskurs ist eine Alternative zu diesen in unseren Augen eingeschränkten Formen der Konfliktaustragung. Die Forderung nach einem kooperativen Diskurs ist daher nicht nur ein Anliegen zur rationalen Bewältigung der

Energieprobleme, sondern auch ein Instrument zur Gestaltung einer lebendigen und dynamischen Streitkultur in Deutschland. ■

Kernkraftwerk Gundremmingen

Foto: RWE